

„Die Lastenverteilung stimmt nicht“

Susanne Krupp hatte die Freien Wähler Neuwied zum Redaktionsgespräch ins Krupp-Medienzentrum nach Sinzig eingeladen. Gemeinsam mit dem stellvertretenden Chefredakteur Helmut Schwarz wollte sie von Karl-Josef Heinrichs, Adi Geil, Herbert Woidtke und Joachim Albert wissen, wie sie die Politik in Neuwied sehen und wie sich die FWG aus ihrer Sicht als Verein von den politischen Parteien unterscheidet.

Sinzig. Mit welchem Thema startet man heute fast schon automatisch ein Gespräch zur Lokalpolitik? Mit dem Thema Verschuldung. Susanne Krupp zitiert ihren Vater, Verlagschef Hermann Krupp, der fast schon griechische Verhältnisse sieht, betrachtet man sich die Finanzausstattung der Kommunen. Wie sieht es in Neuwied aus? Für Neuwied ist es sicher nicht einfach, antwortet Karl-Josef Heinrichs, Fraktionsvorsitzender im Neuwieder Stadtrat. Doch griechische Verhältnisse sieht er „zum Glück noch nicht“. Eine Sparkommission arbeitet über alle Fraktionen hinweg, erzählt er. Dort wird ermittelt: „Wie kommen wir aus diesen Schulden heraus?“ Immerhin, so Heinrichs, läuft die Konjunktur noch. So kann die Kommune noch Gewerbesteuererhöhungen erzielen. Mit der Verwaltung sei es „nicht immer ganz einfach“. Aber im Rat habe man in den letzten Jahren versucht, den Rotstift anzusetzen – dazu nahm man sich „bis ins Detail“ jede Haushaltstelle vor. Und „es ist einiges passiert“: Über eine Million Euro, so der Fraktionsvorsitzende, wurde eingespart. Doch Karl-Josef Heinrichs sieht hinter der Misere ein strukturelles Problem. In der Kommune sei man „das kleinste Rädchen in der Politik“. Da müsse man „ausbaden, was in Bund und Land beschlossen wurde“. Beispielhaft nennt er den Kita-Ausbau, der oben beschlossen wurde, aber unten bezahlt werden muss. Das folgt nicht dem Konnexitätsprinzip Heinrichs: „Die Lastenverteilung stimmt nicht!“ Eine Stadt wie Neuwied habe „ganz wenig Freiheit, uns selbst zu finanzieren“. Und was das Land mit der gerichtlich verordneten Neuordnung des kommunalen Finanzausgleichs vorhat, „greift auch nicht richtig“

„Wir müssen dagegen sein, weil das Geld fehlt“

Ob die FWG denn überhaupt noch einen Spielraum sehe, will Helmut Schwarz wissen. Karl-Josef Heinrichs: „Der wird immer kleiner.“ Adi Geil ergänzt, es bleibe immer weniger Möglichkeit für Freiwillige Leistungen, um etwa ehrenamtliches Engagement zu fördern. Aber eben daran werde die Politik in der Kommune gemessen. Er nennt das Thema Sportplätze als Beispiel: „Wir müssen dagegen sein, weil das Geld fehlt.“ Karl-Josef Heinrichs greift den Streit um Sportplätze auf. „Wir brauchen ein Konzept“, sagt er. Das sei ein langwieriger Prozess, in dem Schwerepunkte gesetzt werden müssen. Immerhin gebe es auch einen demographischen Wandel. Und die Unterhaltung von Sportplätzen verschlinge auch viel Geld. Der Neubau des städtischen Jugendzentrums belaste den Haushalt, zum Teil auch schon für das Folgejahr. Aber: „Die Stadt braucht eine Anlaufstelle für Jugendliche.“ Das helfe auch, Probleme zu beheben. Susanne Krupp: „Sie waren dafür?“ Karl-Josef Heinrichs: Ja, aber ein Kostenrahmen sollte eingehalten werden. Herbert Woidtke ist stets bei Sitzungen des Jugendrates dabei, er sieht sich als Mittler zur Politik. Auch die Lage sei entscheidend gewesen, sagt er. Und ohne eine Landesförderung „hätten wir das nicht machen können“. Alle Fraktionen seien froh, weiß Adi Geil, dass ein langer Pflanzungszeitraum nun endlich umgesetzt werden

kann. Das erstreckte sich über drei Perioden des Jugendbeirates, ergänzt Herbert Woidtke.

„Solange wir nicht von der Kommunalaufsicht gezwungen werden“

Um Einnahmen und Ausgaben einander anzugleichen, gibt es auch die Möglichkeit, die Einnahmen, also die Steuern zu erhöhen, sagt Susanne Krupp. Wie steht die FWG zu dieser Möglichkeit? „Das ist auch eine Standortfrage“, antwortet der Fraktionsvorsitzende. Man könne nicht stur die Steuern erhöhen („solange wir nicht von der Kommunalaufsicht gezwungen werden“), da es am Ende Firmen abschredet, die Gewerbesteuer zahlen. Grundsätzlich aber könne man das nicht ausschließen. An manchen Stellschrauben wurde in Neuwied schon gedreht, etwa beim kleinen Posten Hundesteuer oder im Zuge der Neuregelung der Spielstättenverordnung – hier gibt es den höchstmöglichen Satz.

Große Parteien sollen Nöte „nach oben“ bringen

Grundsätzlich aber gilt für die FWG, unterstreicht Heinrichs: Es ist nicht

grundsätzlich mit einer Einnahmeverbesserung eine Änderung der Situation möglich. Die Politik könne sich nicht herausreden und müsse die Hausaufgaben machen. Die Neuordnung des kommunalen Finanzausgleichs – das kam durch die Klage des Landkreises Neuwied in Gang – ist nur der sprichwörtliche „Tropfen auf den heißen Stein“ und wird auch in Neuwied kaum spürbar sein. Die Freien Wähler, die keine Partei, sondern ein Verein sind, geben den großen Parteien mit, die Nöte der Kommunen „nach oben“ zu den Regierungen zu bringen, sagt Heinrichs.

Stadtentwicklung: Mittelweg finden

In vielen Angelegenheiten sei Kreativität gefragt, ergänzt er. Das gibt die Überleitung zum nächsten Thema: Stadtentwicklung. Susanne Krupp fragt, wie denn eine Kommune bei diesen Voraussetzungen attraktiv gemacht werden kann. Einige Dinge seien schon auf den Weg gebracht worden, so die Antwort, etwa beim Busbahnhof. Doch einiges ist noch anzupacken. Karl-Josef Heinrichs weiß, dass es in der Innenstadt kaum noch Wohnungen gibt. In anderen Kommunen ist das anders, hakt Helmut Schwarz ein. Viele zieht es gerade in die Innenstädte, wo für ältere Menschen die gute Versorgung eine Rolle spielt. Adi Geil benennt ein Problem Neuwieds: Viele Häuser seien im Besitz

von Spekulanten, die im Erdgeschoss an Geschäfte vermieten, wobei der obere Teil der Häuser leer bleibe, teils sicher auch um Investitionskosten zu vermeiden. Seit etwa zwei Jahren hat die Stadt einen City-Manager, der daran arbeitet, auch das zu ändern. „Aber es ist ein schwieriger Prozess.“ Heinrichs nennt ein Neubauprojekt der GSG. Er ist sich bewusst, das Ältere Barrierefreiheit und Einkaufsmöglichkeiten brauchen. „Dem werden wir uns stellen müssen.“ Er zeigt sich aber guter Dinge. Die Arbeit des City-Managers gehe „nicht von heute auf morgen“. Aber sie komme schon zum Tragen. Grundsätzlich müsse aber darauf geachtet werden, nicht alles nur zentral anzusiedeln. Elf Stadtteile dürfen nicht vernachlässigt werden, fordert Adi Geil – immerhin 50 Prozent der Neuwieder leben dort. Dort würden auch viele Maßnahmen in Eigeninitiative der Bürger durchgeführt, erzählt Heinrichs. Das,

so Geil, sei „Politik von unten nach oben“, wie es die FWG will. In vielen Ortsbeiräten ist das anders, kennt Helmut Schwarz unzählige Beispiele. Die Antwort: „Bei uns nicht!“

„Verbessern lässt sich immer alles“

Wie der Politikstil im Stadtrat sei, fragt der stellvertretende Chefredakteur. Karl-Josef Heinrichs beweist sich als Diplomat: „Verbessern lässt sich immer alles.“ Es gab Zeiten, fügt er an, „da war es noch schlimmer. Aber man sei auf dem Weg, eine Kultur zu finden, in der man sich auch mal zusammensetzen könne. Der Fraktions-

vorsitzende hat nichts gegen Streit – aber nur in der Sache und nicht unter der Gürtellinie. Wie es allerdings in Anbetracht des bevorstehenden Kommunalwahlkampfes weitergeht, „weiß ich nicht.“ Susanne Krupp: „Gibt es Filz in Neuwied?“ Heinrichs antwortet, es sei zeitweise so gewesen. „Es hat in Neuwied Tradition, dass über viele Jahre gekungelt wurde.“ Am Beispiel Stadtwerke-Chefetage soll sich etablieren, dass nach Leistung, nicht nach Parteibuch eingestellt wird. Immerhin bleibt den Freien Wählern die Genugtuung, dass seit ihrem Antritt keine Partei mehr die absolute Mehrheit erreichte. Die FWG will, so Heinrichs, Geil und Woidtke, die „Bürger mitnehmen“, organisiert öffentliche Fraktionsitzungen und will ohne Parteizwänge agieren. Das sei eine „Stärke der Freien Wähler“. Helmut Schwarz: „Warum sollen

die Neuwieder im nächsten Jahr die FWG wählen?“ Als „Hauptanliegen“ benennt der Fraktionschef, die Verwaltung transparenter zu gestalten. Die Stadt soll sich „nicht tot sparen“, sondern weiterentwickeln, wo es möglich ist. Die Entwicklung in den Stadtteilen soll vorangetrieben werden. Im Hinblick auf den demographischen Wandel soll das Wohnen für Jung und Alt in der Stadt attraktiv sein. „Wie kann man den jungen Menschen Politik näher bringen?“ Als FWG sind sie vielleicht zu klein, überlegt Karl-Josef Heinrichs. Und er sieht ein allgemeines Problem, zu ehrenamtlicher Arbeit zu animieren. Aber: Man könne den Jugendlichen auch „Politik vorleben“ und „Überzeugungsarbeit leisten“.

Wir bedanken uns für das Gespräch!



Adi Geil, Karl-Josef Heinrichs, Herbert Woidtke, Joachim Albert (v.l.) im Gespräch mit Susanne Krupp und Helmut Schwarz (r).



Begeistert war die Besuchergruppe von der modernen Produktionstechnik ebenso wie vom historischen Heidelberger Tiegel.